

Ist die parteipolitische Prägung der Kulturpolitik in den Kommunen anders, geringer als in der Bundeskulturpolitik oder in Landeskulturpolitiken? Führt die Nähe zum Kulturleben vor Ort, die Nähe zu den Kulturschaffenden in der eigenen Kommune zu politischen Entscheidungen, die stärker von persönlichen Neigungen, Kontakten und Erfahrungen geprägt sind? Hilft dies, parteiübergreifend Entscheidungen für die Kultur – unabhängig von Parteiprogrammatik – zu treffen? Führt dies zu einer besseren Kulturpolitik?

Der Versuch, diese Fragen fundiert zu beantworten bedürfte sicherlich einer ausführlichen wissenschaftlichen Untersuchung. Der Autor ist darauf angewiesen sich in seinen Aussagen und Schlussfolgerungen nur auf seine Erfahrungen in kulturpolitischen Diskussionsprozessen in fast hundert Kommunen zu beziehen. Das ist ein großer Erfahrungsschatz aber keine Gewähr für Allgemeingültigkeit.

Kulturpolitische Entscheidungen werden zu folgenden Anlässen gefällt:

- Planungen: Kulturentwicklungsplan, Masterplan Kultur, Leitlinien zur Kulturentwicklung, Entwicklungspläne zu Teilbereichen (z.B. Bibliotheksentwicklungsplan, Museumsentwicklungsplan)
- Entscheidungen über das Kulturbudget
- Entscheidungen über den Produktplan Kultur
- Entscheidungen über große Kulturprojekte (Kulturneubauten, wiederkehrende Festivals)
- Personalentscheidungen für Leitungsaufgaben in der Kultur
- Entscheidungen für die Ressortierung der Kultur in der Verwaltungs- und Entscheidungsstruktur (Beispiel: kein Kulturdezernent, Kultur ressortiert beim Oberbürgermeister)
- Entscheidungen über Kulturförderkonzepte
- Entscheidungen über Eintritte und Gebühren
- Einzelentscheidungen z.B. eine Sonderausstellung
- Entscheidungen über Kunst im öffentlichen Raum

Die Parteien haben auf der kommunalen Ebene selten kulturpolitische Programme mit strategischer Qualität. Im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen beschränken sie sich eher auf projektbezogene Aussagen. Auch strategische Zielaussagen sind häufig nicht in ein strategisches Gesamtkonzept eingebunden.

Eine positive Ausnahme für ein kulturpolitisches Programm einer Partei ist z.B. das Programm der SPD Kassel:

Für eine Kultur der Teilhabe und des Dialogs, Kulturpolitische Ziele der SPD Kassel bis 2020

Der parteipolitische Einfluss auf Entscheidungen ist daher weniger geprägt von unterschiedlichen kulturpolitischen Grundsatzpositionen als von Schnittstellen, die sich zu anderen politischen Themenfeldern oder Grundüberzeugungen ergeben z.B.: Theaterbudget unverändert lassen aber Kürzungen im Sozialbereich vornehmen, Kunstfreiheit und liberale Vorstellungen einer freiheitlichen Gesellschaft.

Entscheidungsprägend ist auch die gesellschaftliche Herkunft der Ratsmitglieder. Sie hat Einfluss auf Entscheidungen in allen Parteien. Da das Kulturangebot der Kommunen ganz überwiegend ein Angebot ist, das sich an das Bildungsbürgertum richtet, werden Einrichtungen wie Theater,

Konzerthallen und Museen meist parteiübergreifend getragen, während z.B. die Bibliotheken – besonders die Stadtteilbibliotheken und die freie Szene eher unter negativen Haushaltsentscheidungen zu leiden haben.

Entscheidungen bei eher abstrakten Kulturplanungen (Kulturentwicklungsplanungen, Masterplan Kultur, Leitlinien für die Kulturentwicklung) werden häufig im parteiübergreifenden Konsens gefällt, weil diese Planungen noch wenig konkret sind und grundsätzliche kulturpolitische Positionen, auf die sich eine Analyse beziehen könnte, fehlen.

Ein Beispiel für parteiübergreifenden Konsens sind die Kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Rheine:

„Der Kulturausschuss beschließt einstimmig als kulturpolitische Leitlinien für die Stadt Rheine folgende

Ziele:

1. Die kulturelle Position von Rheine in der Region ausbauen.
2. Die kulturellen Einrichtungen zum Glänzen bringen (Qualität! Qualität! Qualität!).
3. Kultur für Familien erfahrbar machen (gemeinsam lernen, genießen, erleben ...).
4. Kinder und Jugendliche bilden mit Kunst und Kultur.
5. Vernetzung, Koordination und Vermarktung der Einrichtungen und Spielstätten optimieren.
6. Angemessene Unterstützung der ehrenamtlichen Kulturszene“

Auf dieser sinnvollen Zielebene lassen sich auf der kommunalen Ebene Übereinstimmungen erreichen. Sie lassen aber in ihrer entscheidungsprägenden Wirkung auf kulturpolitische Einzelentscheidungen große Interpretationsspielräume.

Bei Entscheidungen über den städtischen Haushalt entstehen eher parteipolitische Konflikte. Seltener über das Volumen des Kulturhaushaltes in Relation zum Gesamthaushalt oder anderen Aufgabenbereichen als über Einzelpositionen. Dabei spielen auch Fraktionsabsprachen im Zusammenhang mit der Zustimmung zum Gesamthaushalt eine Rolle. In Osnabrück wurde in den Haushaltsberatungen des Haushaltes 2010 die Zustimmung der CDU zur Anhebung der Grundsteuer mit der Zustimmung der SPD zur Auflösung der Stadtteilbibliotheken verbunden.

In den Entscheidungen über den Produktplan Kultur treffen Zielaussagen, Aussagen über angestrebte Wirkungen, Kennzahlen und Evaluationskriterien zusammen. Produktpläne sind Bausteine von produktorientierten Haushalten. Sie erfordern die Wahrnehmung und Diskussion komplexer Zusammenhänge. Wenn diese Diskussionen mit der erforderlichen Gründlichkeit geführt werden, treffen dabei (kultur)politische Orientierungen, Interessenlagen und finanzpolitische Ziele zusammen. Diese Zusammenhänge sind aber so komplex, dass sie meistens nicht ausführlich behandelt werden können.

Entscheidungen über große Kulturprojekte – seien es Gebäude oder Kulturevents haben eine eigene Dynamik. Sie tendieren dazu sich einer rationalen, kulturpolitischen Entscheidung zu entziehen, weil der Glanz, die Stadt und ihr überregionales Ansehen durch ein „glänzendes“ neues Kulturgebäude oder ein Kulturevent der großen Namen zu schmücken einen „goldfarbenen Nebel“ in die Gehirne der Entscheider eindringen lässt. Weder werden die erfahrungsgemäß großen Kostensteigerungen noch die aus der Entscheidung resultierenden Folgekosten ausreichend berücksichtigt. Die fatale Wirkung solcher Entscheidungen ist, dass die Spielräume für die Förderung von Kunst- und Kulturprozessen durch Kulturschaffende, die Angebote für junge Zielgruppen, die Spielräume für

Neues, die ohnehin zu knapp bemessen sind, weiter schrumpfen. Ein Beispiel für Prioritäten: Die laufenden Zuschüsse für die Elbphilharmonie in Hamburg werden viele Millionen Euro pro Jahr kosten. Für die hervorragende Kinder- und Jugendkulturarbeit in Hamburg stehen etwa 400.000 Euro zur Verfügung, die weitgehend über Sponsor-Mittel finanziert werden. Auch die Regierungsmitwirkung der Grünen hat an diesen Relationen Nichts verändert. Der „goldfarbenen Vernebelung“ erliegen fast alle Parteien – am wenigsten die Grünen und die Linke.

Die Entscheidungen über die Ressortzuständigkeit für Kultur und für ihre Organisationsstruktur liegt in den meisten Bundesländern – geregelt durch das Kommunalrecht – bei den Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landräten. Es wird in der kulturpolitischen Diskussion häufig beklagt, dass Kulturdezernate aufgelöst und in die Zuständigkeit des kommunalen Spitzenbeamten gelangen. Diese Entwicklungen fördern die Tendenz, Kultur stärker im Sinne von Stadtmarketing und Tourismus zu profilieren z.B. zu Lasten der Förderung der freien Szene. Es wäre sinnvoll, Entscheidungen über die Organisationsstruktur der Kultur in die kulturpolitische Verantwortung der Räte zurückzuführen. Ein Extrembeispiel für Tourismusorientierung ist die Absicht, das Altonaer Museum in Hamburg zu schließen, gleichzeitig aber die 10 Millionen Euro, die durch eine Hotelabgabe erwartet werden, überwiegend in die Event- und Ausstellungen fließen zu lassen.

Ratsrelevante Personalentscheidungen für den Kulturbereich werden stärker von parteipolitischem Einflusssdenken bestimmt. Wenn geeignete Bewerberinnen oder Bewerber der eigenen Partei zur Verfügung stehen, hat die Parteizugehörigkeit manchmal Vorrang als allein die fachliche Qualifikation.

Die Nähe zum Kulturleben und zu den Kulturschaffenden der Kommune wirkt sich am Ehesten bei Entscheidungen über Kulturförderkonzepte und Einzelentscheidungen aus. Hier treten parteipolitische Orientierungen eher in den Hintergrund und der unmittelbare Kontakt zu den Kulturschaffenden beeinflusst positiv – unabhängig von Parteizugehörigkeit - die Entscheidungen.

Die gesellschaftlichen Veränderungen – besonders der demografische Wandel, die Globalisierung von Kultur und die elektronischen Medien – werden die Kulturarbeit in den Kommunen stark beeinflussen und die Kulturpolitik fordern, die bisherigen kulturpolitischen Ziele und Prioritäten zu überdenken und ggfs. zu verändern. Es wäre daher wichtig, dass die Parteien diese Entwicklungen zum Anlass nehmen, eigene, auf ihre Kommune bezogene kulturpolitische Konzepte zu entwickeln. Dafür sind eine gemeinsame Wahrnehmung des Zustandes der Kulturarbeit und Einschätzungen über die Auswirkungen gesellschaftlicher Veränderungen auf die Kulturarbeit wichtig. Darauf aufbauend können dann Ziele, Maßnahmen und Prioritäten entwickelt werden. Es ist sinnvoll, dass die Parteien auch Kulturschaffende und Kulturfachleute, die nicht Mitglieder sind, an den Diskussionen beteiligen. Da die fachlichen Ressourcen und die verfügbare Zeit in der Regel begrenzt sind, sollten Arbeitsverfahren wie die Weltcafé-Methode und die Open-Space-Konferenz-Methode genutzt werden. Diese erlauben mit geringem Zeitaufwand zu brauchbaren Ergebnissen zu kommen.